

## Antrag IA003: Sozial, gerecht und solidarisch – für ein starkes Hessen

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IA - Initiativanträge
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 In ihrer langen Regierungszeit seit 1999 hat die CDU in Hessen zentrale politische
- 2 und gesellschaftliche Werte wie Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit und Anstand entwertet.
- 3 Sie hat Einzelinteressen über das Gemeinwohl gestellt. Sie hat wichtige
- 4 Zukunftsentscheidungen falsch oder gar nicht getroffen. Sie hat den
- 5 gesellschaftlichen Zusammenhalt geschwächt und der sozialen Spaltung unseres
- 6 Gemeinwesens tatenlos zugesehen oder diese sogar noch beschleunigt.
- 7 Die aktuelle Regierungskoalition ist nicht imstande, die politischen Impulse zu
- 8 geben, die erforderlich wären, um die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Denn im
- 9 Kern sind sich CDU und Grüne auch nach mehr als acht Jahren gemeinsamer
- 10 Regierungszeit fremd geblieben. Der aktuell gültige Koalitionsvertrag von CDU und
- 11 Grünen trägt die Überschrift „Aufbruch im Wandel“, die Regierungsparteien aber
- 12 liefern nur eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Das einstmals bundesweit
- 13 beachtete „Projekt Schwarzgrün“ ist zu einem freudlosen Auslaufmodell geworden, das
- 14 die Gegenwart ohne wirkliche Ambitionen verwaltet und die Zukunft zu gestalten nicht
- 15 in der Lage ist. Die regierungsamtlichen Jubelmeldungen, die Schwarzgrün nahezu
- 16 täglich verbreiten lässt, klingen angesichts der tristen Regierungswirklichkeit hohl
- 17 und substanzlos.
- 18 Der menschengemachte **Klimawandel** ist ebenso real wie die Bedrohung, die er für das
- 19 Leben auf der Erde darstellt. Dennoch haben die hessischen Grünen in der Koalition
- 20 mit der CDU alle Ambitionen auf einen wirksamen Klimaschutz aufgegeben: Von 140
- 21 entsprechenden Maßnahmen, die Schwarzgrün angekündigt hat, waren zur Hälfte der
- 22 Wahlperiode gerade einmal zehn umgesetzt. Der Ausbau der **erneuerbaren Energien** ist in
- 23 Hessen faktisch zum Stillstand gekommen, die groß angekündigte „Verkehrswende“ findet
- 24 nicht statt. Beim Aufbau der Ladeinfrastruktur für **Elektrofahrzeuge** ist Hessen
- 25 deutschlandweit das Schlusslicht: 28 E-Mobile müssen sich im Land eine Ladesäule
- 26 teilen – höchstens zwölf dürften es sein, wenn der Übergang zur E-Mobilität nicht
- 27 ausgebremst werden soll.
- 28 Die personell chronisch unterbesetzte hessische **Justiz** blutet weiter aus – unter
- 29 anderem weil die amtierende Justizministerin sich innerhalb der Landesregierung nicht
- 30 durchsetzen konnte und ihr die erforderlichen Planstellen verweigert wurden.

31 Die Amtsführung der **CDU-Justizministerin Eva Kühne-Hörmann** zeichnet sich vor allem  
 32 dadurch aus, dass sie für nichts, was in ihrem Verantwortungsbereich geschieht,  
 33 verantwortlich sein möchte. Ob die Korruptionsaffäre bei der  
 34 Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt oder die Kostenexplosion und die jahrelangen  
 35 Verzögerungen bei der Digitalisierung des hessischen Gerichtswesens – für nichts  
 36 davon möchte die Ministerin die politische Verantwortung übernehmen. Stattdessen  
 37 versucht sie, die Skandale schweigend auszusitzen.

38 Die Meisterin in der Disziplin des Aussitzens ist allerdings die **grüne Umwelt-,**  
 39 **Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin Priska Hinz:** Weder der Skandal um  
 40 die Gammelwurst von Wilke, der mindestens drei Tote gefordert hat, noch der jüngste  
 41 Listerien-Skandal um verseuchtes Gemüse aus Südhessen haben die Ministerin dazu  
 42 gebracht, ihr eigenes Tun zu überdenken. Jede Kritik, sei sie noch so berechtigt,  
 43 lässt sie abtropfen.

44 Großes Desinteresse an seiner Arbeit beweist auch der **CDU-Kultusminister Alexander**  
 45 **Lorz** immer wieder, der das Nicht-Wissen-Wollen zu seiner Kernkompetenz gemacht hat:  
 46 Er will nicht wissen, wieviel Unterricht ausfällt. Er will nicht wissen, wie der  
 47 Krankenstand bei den Lehrkräften ist. Er will nicht wissen, wie der Ganzttag  
 48 organisiert wird. Und er will nicht wissen, wie Schulen und Schulträger den  
 49 Unterrichtsbetrieb in der Corona-Pandemie aufrechterhalten haben. Selbst an der  
 50 Aufgabe, ein datenschutzkonformes Videokonferenzsystem für den Distanzunterricht zu  
 51 beschaffen, sind der Minister und sein Haus krachend gescheitert.

52 Auch die große **Transformation der Arbeitsgesellschaft** ins digitale und klimaneutrale  
 53 Zeitalter findet ohne sichtbares Zutun der schwarzgrünen Landesregierung und der sie  
 54 tragenden Parteien statt. Es ist unbedingt erforderlich für eine  
 55 verantwortungsbewusste, zukunftsgerichtete Politik, die Veränderungen der Arbeitswelt  
 56 eng zu begleiten und mitzugestalten. Denn nur so kann sichergestellt werden, dass es  
 57 in Hessen auch in zehn, zwanzig und dreißig Jahren noch ausreichend viele  
 58 qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze gibt. Aus Sicht der SPD Hessen müssen  
 59 das Wissen und die Erfahrung von Gewerkschaften, Unternehmen sowie Hochschulen und  
 60 Forschungseinrichtungen in politischen Zukunftskonzepten zusammengeführt und diese in  
 61 konkrete Maßnahmen übersetzt werden – nichts dergleichen geschieht aber derzeit im  
 62 schwarzgrünen Hessen.

63 Der amtierende **Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir von den Grünen** gefällt sich in der  
 64 Rolle des Welterklärers und lässt dabei die eigentliche Arbeit liegen: Vom Jobabbau  
 65 in der Automobilzulieferbranche bis zur schwierige Erholung des Frankfurter  
 66 Flughafens von der Corona-Krise – außer warmen Worten hat der Minister nichts im  
 67 Angebot. Stattdessen bekennt er öffentlich, er sei zu beschäftigt, „um jeden Tag vor  
 68 irgendwelchen Werkstoren herumzustehen“ und Solidarität mit jenen zu zeigen, deren  
 69 Arbeitsplätze auf der Streichliste der Konzerne stehen.

70 Womit der Minister so beschäftigt ist, bleibt offen: Denn bei der Verkehrswende, für  
 71 die er ebenfalls zuständig wäre, geschieht nichts. Auch bei der Schaffung von  
 72 bezahlbarem Wohnraum und beim Ausbau der erneuerbaren Energien geschieht – nichts.  
 73 Wer in der Gegenwart zu viel Zeit und Kraft darauf verwendet, für sich selbst Werbung

74 zu machen, hat vermutlich wirklich keine Kapazitäten mehr, um die Zukunft zu  
75 gestalten.

76 Schwarzgrün hat in der **Corona-Pandemie** bewiesen, dass CDU und Grüne sich in einer  
77 nicht krisenfesten Schönwetter-Koalition zusammengefunden haben. Auch unter  
78 Aufbietung größter Fehlertoleranz und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die  
79 Erfahrung mit einer globalen, todbringenden Virus-Pandemie bis zum Jahr 2020 nahezu  
80 null war, ist festzustellen, dass die Landesregierung hinter den berechtigten  
81 Erwartungen der Menschen an ihre politischen Entscheidungsträger zurückgeblieben ist.

82 Das Pandemiemanagement der Landesregierung wurde im Verlauf der Corona-Krise immer  
83 erratischer und hermetischer – bis hin zu dem verfassungswidrigen Schattenhaushalt  
84 namens „**Corona-Sondervermögen**“, zu dessen Durchsetzung CDU und Grüne den  
Grundkonsens

85 aufgekündigt haben, wonach die Pandemiebekämpfung von den demokratischen Parteien  
86 gemeinsam getragen werden sollte. Der – letztlich gescheiterte – Versuch, im Namen  
87 von Corona zwölf Milliarden Euro neue Schulden zu machen, mit denen dann  
88 Lieblingsprojekte der Regierungsparteien bezahlt werden, war ein politischer  
89 Sündenfall. Schwarzgrün hat damit nicht nur gegen bewährte Regeln der Demokratie  
90 verstoßen, sondern auch gegen den politischen Anstand.

91 Der hessische **CDU-Finanzminister Michael Boddenberg** ist dabei zum  
92 Verfassungsbruchminister geworden. Er hat ohne Skrupel einen Schattenhaushalt  
93 eingerichtet, aus dem Schwarzgrün im Wahljahr 2023 Geschenke und Wohltaten verteilen  
94 wollte. Dass das vom Staatsgerichtshof gestoppt wurde, war gut für das Land und für  
95 die demokratische Kultur – denn ein deutlicheres Zeichen gegen die unbändige Arroganz  
96 derer, die Hessen aktuell regieren, konnte es nicht geben.

97 Anlass zur Sorge gibt nach wie vor die Amtsführung des hessischen **CDU-Innenministers**  
98 **Peter Beuth**, der im bisherigen Verlauf dieser Legislaturperiode von Affäre zu Affäre  
99 taumelte und dabei stets andere in der Verantwortung sah – nur niemals sich selbst.  
100 Von den Drohbriefen eines angeblichen „NSU 2.0“ und der möglichen Beteiligung von  
101 Beamten der hessischen Polizei bis zur Frankfurter SEK-Affäre und rechtsextremen  
102 Chats unter Polizeibeamten hat der amtierende Innenminister ein trauriges Bild  
103 abgegeben. Sein Verhalten nach dem rassistischen Terroranschlag vom 19. Februar 2020  
104 in Hanau war verstörend und für die Hinterbliebenen der Ermordeten verletzend. Bis  
105 heute erweckt er den Eindruck, an einer lückenlosen Aufklärung aller Begleitumstände  
106 dieses grauenvollen Attentats nicht wirklich interessiert zu sein. Solange dieser  
107 Minister im Amt ist, kann und will niemand darauf vertrauen, dass wieder Ordnung in  
108 den hessischen Sicherheitsbehörden einkehrt.

109 Indem sie als Koalitionspartner der CDU zu all dem schweigen, verraten die Grünen  
110 entscheidende Werte, für die sie früher einmal gestanden haben.

111 Das schwarzgrüne Regierungsbündnis beruht nicht auf einem hinreichenden Vorrat an  
112 politischen Gemeinsamkeiten, sondern auf einer Art Nichtangriffspakt: CDU und Grüne  
113 haben beschlossen, sich einfach gegenseitig in Ruhe zu lassen. Das reicht  
114 erwiesenermaßen aus, um für eine gewisse Zeit Macht zu erringen und zu erhalten –  
115 aber es reicht nicht aus, um eine gute Zukunft für unser Land zu gestalten.

- 116 Daran wird sich auch nichts ändern, wenn der aktuelle **Ministerpräsident Volker**  
117 **Bouffier** sein Amt aufgibt und die schwarzgrüne Koalition Boris Rhein zum Nachfolger  
118 wählt. Köpfe können ausgetauscht werden – aber der Mangel an politischen Ideen, an  
119 gesellschaftlichen Zielen und an zukunftsgerichtetem Denken bleibt bestehen.
- 120 **Schwarzgrün ist ein Projekt einer Vergangenheit, die es so nicht mehr gibt, und ein**  
121 **Politikmodell ohne Zukunft.**
- 122 Wir, die hessische SPD, wollen den Stillstand, der in unserem Land herrscht, mit  
123 einer gestaltenden Politik beenden, die sich an den Bedürfnissen der Mehrheit der  
124 Hessinnen und Hessen orientiert – **solidarisch und gerecht**, der Zukunft zugewandt und  
125 dem Schutz unserer Lebensgrundlagen verpflichtet. In diesem Sinne werden wir ein  
126 überzeugendes Regierungsprogramm für die Zeit nach der Landtagswahl 2023 erarbeiten  
127 und Hessen erneuern.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

**Votum der Antragsprüfungskommission:**

Annahme und Weiterleitung an die Programmkommission